

Obama dreht das Rad zurück

Dass Ex-Präsident George W. Bush viele verhängnisvolle Fehler gemacht hat, steht außer Zweifel. Als brillanter Staatsmann wird er nicht in die Geschichtsbücher eingehen. Eines aber war er nicht: Pro Abtreibung. Mit Barack Obama haben die US-Amerikaner dagegen nun einen Präsidenten, der ein klarer Befürworter eines vermeintlichen »Rechts auf Abtreibung« ist.

Von Cornelia Kaminski

Niemand wird behaupten wollen, dass George W. Bush als der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in die Geschichte eingehen wird, der alles getan hat, was er für das Lebensrecht der Ungeborenen hätte tun können. Und doch lassen die Worte von Nancy Keenan, Präsidentin von NARAL Pro Choice America – der Vereinigung zur Beseitigung aller Abtreibungsgesetze – aufhorchen. »Wir werden sehr viel Arbeit damit haben, den Schaden gut zu machen, den die Bush-Regierung angerichtet hat«, zitierte kürzlich das »Wall Street Journal« Keenan. Während die Bush-Administration noch in den letzten Wochen ihrer Amtszeit Gesetze auf den Weg brachte, die dem Lebensschutz zumindest in Ansätzen dienen, überlegten die Mitarbeiter der Obamas bereits, wie sich diese Gesetze wieder abschaffen lassen. Das war nicht anders zu erwarten. Ein Blick auf frühere Einlassungen Obamas zum Thema Abtreibung zeigt, wo er – trotz aller nebulösen Formulierungen während des Wahlkampfes – in dieser Frage wirklich steht.

Auf die Frage, wann seiner Meinung nach menschliches Leben anfängt, gab Obama nichts sagende Antworten wie »Dazu habe ich noch keinen festen Standpunkt gebildet« oder wurde auch schon einmal pampig: »In meiner Gehaltsstufe ist mir die Beantwortung dieser Frage nicht möglich«. Gleichwohl versäumt er es nicht, den Abtreibungsbefürwortern seine wahre Position zu signalisieren. So sprach Obama zum Beispiel von »der außergewöhnlichen Macht potentiellen Lebens«. Für wen aber ein ungeborener Mensch »potentielles Leben«, also bloß »mögliches« oder vielleicht auch nur »möglichlicherweise« Leben ist, der vertritt in aller Regel eine lebensfeindliche Position. Barack Obama bildet da keine Ausnahme.

Als Präsident, so verspricht Obama auf seiner Internetseite, werde er sich für

eine Ausweitung der Forschung mit embryonalen Stammzellen einsetzen, da sie die Heilung von mindestens 70 verschiedenen Krankheiten verspreche. Das ist zwar wissenschaftlicher Unfug, erklärt aber, was er mit »der außergewöhnlichen Macht potentiellen Lebens« wirklich gemeint hat. Wen wundert es da, dass nur zwei Tage nach seiner Amtseinführung die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA die Genehmigung erteilt hat, Menschen mit Rückenmarksverletzungen

Studien bei 75 Prozent. In Deutschland wäre eine Genehmigung zu dieser Therapie wohl kaum erteilt worden, zumal bereits seit 2006 publizierte Daten aus Portugal vorliegen, die nicht nur die Sicherheit des Einsatzes patienteneigener, adulter Stammzellen belegen, sondern auch deren therapeutischen Nutzen zeigen. Das ist kein Fortschritt nach menschlichem oder auch nur medizinischem Maß, sondern im wahrsten Sinne des Wortes Politik auf dem Rücken von Pa-



Seite an Seite, Lächeln für die Presse: Doch in Wahrheit liegen Welten zwischen Bush und Obama.

mit embryonalen Stammzellen zu behandeln. Hier sollen offensichtlich so schnell wie möglich Fakten geschaffen werden – wobei man eine Schädigung der betroffenen Patienten billigend in Kauf nimmt. Denn das Tumorrisiko bei der Behandlung mit menschlichen embryonalen Stammzellen liegt nach wissenschaftlichen

tienten. (Siehe dazu auch in dieser Ausgabe S. 21ff.)

Im Rahmen des Wahlkampfes für ein Senatorenamt in Illinois im Jahr 2004 warb Obama damit, seit nahezu zehn Jahren den Kampf für das Recht auf Abtreibung (Pro Choice) angeführt zu haben. Auch sein diesbezügliches Abstimmungs-

verhalten ist interessant: So stimmte Obama dagegen, dem ungeborenen Kind einen Anspruch auf Staatliche Gesundheitsvorsorge zuzugestehen. Er votierte gegen das Recht der Eltern, zu erfahren, dass ihr minderjähriges Kind eine Abtreibung vornehmen lassen will. Er stimmte ferner gegen ein Gesetz, das Minderjährigen verbietet, zur Durchführung einer Abtreibung in einen anderen Staat zu fahren. Bei der Abstimmung im Senat von Illinois zum Verbot der »Partial Birt Abortion« (Teilgeburtsabtreibung) stimmte er mit »Anwesend« statt mit »Nein«. Das brachte ihm bei einigen Vertretern der Abtreibungslobby zwar scharfe Kritik ein, war aber eine mit Planned Parenthood (der Dachorganisation der deutschen Pro Familia) abgestimmte Strategie. Denn selbst bei eingefleischten Abtreibungsbefürwortern stellt sich beim Gedanken an solche Teilgeburtsabtreibung, die als die grausamste Form der Tötung eines quicklebendigen, meist kerngesunden Kindes gilt, ein gewisses Unbehagen ein. Ein uneingeschränktes Eintreten gegen ein Verbot dieser Praxis hätte Obama bei der nächsten Wahl Stimmen kosten können. Das galt es zu verhindern. Zumal sich ein Gesetz auch dadurch verhindern lässt, dass man dafür sorgt, dass es nicht genügend »Ja«-Stimmen erhält. Obama setzte darauf, dass andere Parlamentarier sein Abstimmungsverhalten imitieren würden. Und seine Strategie ging auf: Erst als Obama Illinois verließ, um seine Karriere in Washington fortzusetzen, wurden auch in Illinois die Teilgeburtsabtreibungen verboten.

Ganz anders als in Europa, spielt in den USA die religiöse Einstellung der führenden Politiker eine große Rolle. Ein Politiker ohne eine kirchliche Heimat gilt praktisch als unwählbar. 1988 wird Obama von James Wright in die »United Church of Christ« aufgenommen. Dass ihm diese Kirche Vorhaltungen bei seinem Eintreten für ein uneingeschränktes Recht auf Abtreibung machen könnte, brauchte er nicht zu befürchten. Denn die »United Church of Christ« tritt unverhohlen für ein Recht auf Abtreibung ein und hat auch kein Problem damit, dass in den Krankenhäusern, die sich in ihrer Trägerschaft befinden, Spätabtreibungen durch Salzverätzung oder Hormonvergiftung durchgeführt werden.

Bereits jetzt arbeiten Obamas Mitarbeiter daran, den so genannten »Freedom of Choice Act« im Senat zur Abstimmung zu bringen. Diese Gesetzesvorlage hebt sämtliche Regelungen, die die Bush-Administration oder irgendeine andere amerikanische Regierung zur Einschränkung

der Abtreibung erlassen hat, wieder auf. Barack Obama ist das einzige Mitglied des amerikanischen Kongresses, das bisher die Verabschiedung dieser Gesetzesvorlage gefordert hat.

Und damit nicht genug: Noch im Dezember hat die Bush-Regierung in aller Eile ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Mitarbeitern von Krankenhäusern die Möglichkeit einräumt, sich aus Gewissensgründen zu weigern, an einer Abtreibung mitzuwirken. Auch dieses Gesetz

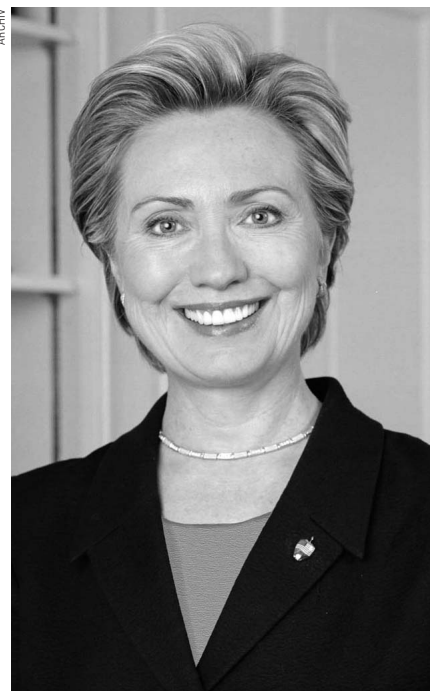


Al Gore

steht längst auf der Abschussliste der Obama-Administration.

Bei all dem, betont Obama, gehe es ihm um die Frauen: ihre Rechte, ihre Gesundheit. Frauen, so sagt er, können auch in schwierigen Situationen selbständig Entscheidungen treffen und brauchen keine Bevormundung. Er würde nicht wollen, dass eine seiner Töchter im Verlauf einer Konfliktschwangerschaft »mit einem Baby gestraft« würde. »Gestraft« – eine Vokabel, die auf eine sehr merkwürdige Einstellung gegenüber einem neuen Menschen schließen lässt. Mit genau einer solchen Einstellung lässt sich aber auch erklären, warum Obama als eine seiner ersten Amtshandlungen, zwei Tage nach seiner Vereidigung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die so genannte »Mexiko-City-Policy« der Republikaner kippte. Sowohl Ronald Reagan als auch Bush senior und Bush junior hatten die finanzielle Unterstützung von nicht-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen, die Abtreibungen durchführen oder dafür werben, gestoppt.

Obama dreht das Rad zurück. Der amerikanische Steuerzahler wird also in Zukunft wieder dafür bezahlen, dass Organisationen wie International Planned Parenthood weltweit Abtreibungen als geeignetes Mittel der Familienplanung propagieren. Douglas Johnson, Direktor der US-amerikanischen Lebensrechtsorganisation »National Right to Life Committee (NRLA)«, zeigte sich entsetzt: »Vor nicht allzu langer Zeit hat Barack Obama dem US-amerikanischen Volk verspro-



Hillary Clinton

chen, dass er sich für eine Reduzierung der Abtreibungszahlen einsetzen wird. Heute aber hat er dafür gesorgt, dass die Zahlen weltweit steigen werden.«

Nicht ganz zu Unrecht befürchten US-amerikanische Lebensrechtler nun, dass Obama als nächstes auch die finanzielle Förderung der UNFPA (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen) wieder aufnehmen wird. Diese Organisation war zuletzt in den Verdacht geraten, in China Programme zur Zwangssterilisation und Zwangsabtreibung zu unterstützen. In den USA könnte Obama mit dieser Einstellung auf mehr Widerstand stoßen, als ihm lieb sein kann. Neue Umfragen zeigen, dass vor allem die jüngere Generation eine striktere Abtreibungsregelung befürwortet und eine Mehrheit der Amerikaner ohnehin Abtreibungen nur in Ausnahmefällen (Vergewaltigung, Gefährdung der Mutter) für gut befindet. Das Blatt scheint sich zu wenden, wozu auch Filme wie »Juno« einen Beitrag geleistet haben. In diesem Film trifft ein schwangerer Teenager vor der Abtrei-

ARCHIV



Aufgepasst: Lebensrechtler werden sehr genau beobachten müssen, was Obama in Fragen, die den Lebensschutz betreffen, alles plant.

bungseinrichtung auf eine Klassenkameradin, die ihr entgegenhält: »Wusstest du, dass dein Baby schon Fingernägel hat?« Gewebestücke, die Bestandteil des mütterlichen Organismus sind, verfügen in der Regel nicht über Fingernägel. Juno macht kehrt, bekommt das Kind und gibt es zur Adoption frei; an ein Paar, das sie sich vorher sorgfältig ausgesucht hat. Der Film war in den USA außerordentlich erfolgreich – trotz (oder gerade wegen?) seiner klaren Pro-Life-Botschaft.

Vor diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, dass Obama sich mit Hillary Clinton als Außenministerin eine Streiterin an die Seite geholt hat, die in der Abtreibungsfrage ganz auf seiner Linie liegt. Den Entwurf für den »Freedom of Choice Act« hat sie bereits unterzeichnet.

Das Lebensrecht der Ungeborenen ist halt die Sache der meisten Demokraten nicht – schon Al Gore, der gegen George W. Bush antrat, war ein vehementer Befürworter der Abtreibung: »Ich werde immer das Recht der Frau, sich für eine Abtreibung zu entscheiden, verteidigen. Wann immer der Kongress versucht hat, gegen dieses fundamentale Menschenrecht vorzugehen, sind wir dagegen vorgegangen. Als euer Präsident werde ich dafür sorgen, dass das hart erkämpfte Recht der Frau auf Abtreibung sicher sein wird«, versprach Al Gore bei einer Wahlkampfveranstaltung im Jahr 1999. Schon im Wahlkampf vorher waren es die Clintons, die lebensfreundliche Stimmen in

den eigenen Reihen zum Schweigen brachten. Sie sorgten dafür, dass der demokratische Gouverneur von Pennsylvania, Robert Casey, auf dem Parteitag der Demokraten im Sommer 1992 Redeversprechen erhielt. Casey war zwar ein prominenter und hoch angesehener Politiker, gleichzeitig jedoch als gläubiger Katholik ein erklärter Verfechter des Lebensrechts der Ungeborenen. Das konnten die Clintons nicht tolerieren. Auch für Hillary Clinton entsteht bei der Empfängnis nicht menschliches Leben, sondern bloß potentiell menschliches Leben. Ein potentieller Mensch aber ist nicht schützenswert, schützenswert ist in dem Fall nur die Frau, die ihn in sich trägt, und deren individuellen Rechte gilt es zu verteidigen. In sämtlichen oben angeführten Abstimmungen hat Hillary Clinton konsequenterweise genauso gestimmt wie Obama selbst, beide werden daher von der amerikanischen Abtreibungslobby auch zu hundert Prozent als wählbar empfohlen. Die NRA empfiehlt dagegen beide zu null Prozent.

Woher aber, möchte man wissen, kommt diese totale Negierung jeglichen Rechtes des ungeborenen Kindes? Warum, so fragt man sich, ist man nicht einmal bereit, die Gewissensentscheidung anderer zu tolerieren? Warum nicht einmal ein Verbot der grauenvollen Teilgeburtstretreibungen, die selbst von demokratischen Politikern wie Patrick Moynihan als Kindermord bezeichnet werden? Die Antwort liegt wohl in der Logik der Ab-

treibungsmaschinerie begründet. Statt den Status des Embryos zu Beginn der Auseinandersetzung um dessen Lebensrecht zu definieren, beschreitet die Abtreibungslobby konsequent den umgekehrten Weg. Das ungeborene Leben darf nicht einmal mit dem Hauch eines gesetzlichen Schutzes umgeben werden, denn: was nicht gesetzlich geschützt wird, ist auch nicht schützenswert und wird auch von der Bevölkerung nicht als schützenswert angesehen. Die von der Abtreibungslobby befürworteten Gesetze sind daher so angelegt, dass nicht nur der Embryo im Reagenzglas, sondern auch das Kind im Mutterleib als reine Materie wahrgenommen werden können. Und Materie kann man zerstören, ohne sich weiter Gedanken darüber machen zu müssen. Es sei denn, diese Zerstörung kommt durch den Klimawandel zustande. Dann muss man natürlich einschreiten.

IM PORTRAIT

Cornelia Kaminski

Die Autorin ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle e.V., organisiert die jährliche Lebensrechtstagung und BDV der ALfA. Die Studienrätin ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

